

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die siebengesparte Nonpareillese 40 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die viergesparte Weltam-Peltzelle 2 Mt. — Für Platzvorschriften Sondertarif
Anzeigennahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark,
bei Postversand Mt. 1,75 bzw. Mt. 7.—

Nr. 163

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Wann wird der Friedensvertrag unterzeichnet?

Ein weiterer Aufschub.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags ist wiederum hinausgeschoben worden. Nicht heute und nicht morgen werden die Deutschen ihre Unterschrift unter den „Friedens“-Vertrag setzen, vielleicht erst am Sonnabend. Doch steht dies noch nicht fest. Es können noch weitere Verzögerungen eintreten. Die neue deutsche Friedensdelegation scheint übrigens noch nicht ernannt zu sein; bis gestern nachmittag lagen wenigstens noch keine telegraphischen Meldungen darüber vor. Die Nachricht über den neuerlichen Aufschub lautet:

Wien, 24. Juni. (P. A. T.).

Aus Versailles wird gemeldet: Der Tag, an dem der Friedensvertrag unterzeichnet werden soll, ist noch nicht festgesetzt. Vor Donnerstag wird die Unterzeichnung nicht erfolgen, da es den deutschen Delegierten nicht möglich sein wird, rechtzeitig in Paris einzutreffen. Man nimmt an, daß die Unterzeichnung am Sonnabend erfolgen wird. Italien wird bei der Feierlichkeit durch Sommo, Crespi und Imperial vertreten sein, da Tittoni nicht früher als in einer Woche in Versailles eintreffen kann.

Die deutsche Mitteilung an die Alliierten.

Ministerpräsident Bauer ließ am Sonntag durch den Abg. v. Haniel der Entente in Versailles eine Note überreichen, unter Beifügung des Stimmenergebnisses der Nationalversammlung folgenden Inhalts:

Die Regierung der deutschen Republik täuschte sich nicht von dem Augenblick an, als die Bedingungen der verbündeten und vereinigten Regierungen bekannt wurden, daß sie mit dem ganzen deutschen Volke die gefesteten Bedingungen als den Grundsäzen widersprechend betrachtet, die einerseits durch die vereinigten und verbündeten Regierungen, andererseits durch Deutschland als nationales Recht anerkannt wurden und Rechtskraft zum Abschluß des Friedens hatten. Die deutsche Regierung unternahm, sich auf die zwischen beiden vorhandenen Parteien festgehaltenen rechtlichen Grundsätze berufend und auf die deutschen Interessen hinweisend, alles, um eine sofortige mündliche Auseinandersetzung herbeizuführen und die unerträglich schweren Bedingungen zu mildern, um der deutschen Regierung die Unterzeichnung über das Vertrauensvotum entheilte und daß sie die Bedingungen ohne Vorbehalt zu ermöglichen. Die im Interesse des Weltfriedens und der Versöhnung der Völker unternommenen Bemühungen scheiterten an dem hartnäckigen Beharren auf die Friedensbedingungen. Die weitgehendsten Gegenworschläge der deutschen Delegation fanden nur in vereinzelten Punkten Verstärkung. Die zuerkannten Erleichterungen mildern die Bedingungen nur unbedeutend. Die verbündeten und vereinigten Regierungen haben die deutsche Regierung im Wege eines am 23. Juni ablaufenden Ultimatums vor die Alternative der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung gestellt. Im letzteren Falle droht man dem völlig wehrlosen Volke mit zwangsweiser Auferlegung er schwerter Friedensbedingungen. Das deutsche Volk will keine neue Entfesselung des Krieges, es verlangt ehrlich nach einem dauernden Frieden. Es besitzt keine andre Waffe als die Berufung auf das ewig unveränderliche Recht des selbständigen Lebens, das den Deutschen genau so zusteht, wie jedem anderen Volke. Die Regierung der deutschen Republik kann ihre Hoffnung nur auf die Unterstützung des Menschheitsgewissens stützen. Es kann niemand von Deutschland verlangen, daß es sich aus innerer Überzeugung einem Frieden unterwirft, der lebendige Glieder trennt von der in Betracht kommenden Bevölkerung des deutschen Reiches, ohne Befragung über ihre Meinung und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt. Die deutsche Regierung erhält aus den östlichen Gebieten, die abgetrennt werden sollen, lebhafte Proteste und die Versicherung, daß die dortigen Bewohner hartnäckigen Widerstand leisten werden. Die

deutsche Regierung lehnt infolgedessen jede Verantwortung für eventuelle Schwierigkeiten, die sich infolge Widerstandes in diesen Gebieten wegen einer Loslösung von Deutschland ergeben können, ab. Wenn die deutsche Regierung trotzdem zur Unterschrift der Bedingungen mit nachfolgendem Vorbehalt bereit ist, so geschieht dies nicht aus eigenem Willen.

Die Regierung der deutschen Republik erklärt feierlich, daß ihre Stellung in dem Sinne zu verstehen ist, daß sie der Gewalt weicht, um dem deutschen Volke einen neuen Krieg zu ersparen und den Zerfall der nationalen Einheit zu verhindern, der ihm durch die weitere Besetzung deutscher Gebiete, durch entsetzlichen Hunger der Frauen und Kinder und durch das unbarmherzige Zurückhalten der deutschen Kriegsgefangenen droht. Die deutsche Regierung hofft, daß mit Anfang des Juli die Rückförderung aller seiner Zivil- und Militärgefangenen ununterbrochen fortgesetzt wird. Deutschland hat die feindlichen Gefangen bereits ausgeliefert. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die ihr auferlegten Bedingungen binnen zwei Monaten zu erfüllen, wünscht aber in diesem feierlichen Augenblick sich ganz klar auszusprechen, um von oben herab zu verhindern, daß Deutschland irgendeine Unwahrheit jetzt oder später nachgesagt werde. Die Regierung der deutschen Republik fühlt sich verpflichtet zu der Erklärung, daß es alle Vorbehalte macht und jede Verantwortung für die Folgen ablehnt, die in Deutschland entstehen könnten, falls bei allergrößter deutscher Willenskraft die Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen eintreten sollte.

Die denkwürdige Sitzung der Nationalversammlung.

Über den Verlauf der denkwürdigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung, in der beschlossen wurde, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, geht uns noch nachstehende Meldung der P. A. T. aus Berlin zu:

Nach dem Ministerpräsidenten Bauer ergriffen Präsident Fehrenbach und Gröber (3r.) das Wort, die sich für die Unterzeichnung des Zwangsfriedens aussprachen. Der Demokrat Schiffer führte aus, daß seine Partei gegen den Frieden sei, und sagte, daß das deutsche Volk bald dazu verurteilt sein werde, Zeuge seines eigenen Unterganges zu sein. In diesem Falle müsse es wenigstens das Gefühl empfinden, daß es in Ehren zugrunde gehe. Schiffer sagte des Weiteren, daß seine Partei sich der Abstimmung über das Vertrauensvotum enthalte und daß sie den Friedensvertrag nicht unterschreibe.

Im Namen der Nationalen Volkspartei sprach Graf Posadowsky, der auf das Unmögliche der Erfüllung der Friedensbedingungen hinwies. Ministerpräsident Bauer versicherte hierauf, daß die deutsche Regierung alles unternommen habe, um den Schutz der deutschen Bürger in den den fremden Staaten abzutretenden Gebieten zu mildern die Bedingungen nur unbedeutend. Die verbündeten und vereinigten Regierungen haben

die deutsche Regierung im Wege eines am 23. Juni ablaufenden Ultimatums vor die Alternative der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung gestellt. Im letzteren Falle droht man dem völlig wehrlosen Volke mit zwangsweiser Auferlegung er schwerter Friedensbedingungen. Das deutsche Volk will keine neue Entfesselung des Krieges, es verlangt ehrlich nach einem dauernden Frieden. Es besitzt keine andre Waffe als die Berufung auf das ewig unveränderliche Recht des selbständigen Lebens, das den Deutschen genau so zusteht, wie jedem anderen Volke. Die Regierung der deutschen Republik kann ihre Hoffnung nur auf die Unterstützung des Menschheitsgewissens stützen. Es kann niemand von Deutschland verlangen, daß es sich aus innerer Überzeugung einem Frieden unterwirft, der lebendige Glieder trennt von der in Betracht kommenden Bevölkerung des deutschen Reiches, ohne Befragung über ihre Meinung und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt. Die deutsche Regierung erhält aus den östlichen Gebieten, die abgetrennt werden sollen, lebhafte Proteste und die Versicherung, daß die dortigen Bewohner hartnäckigen Widerstand leisten werden. Die

losgerissenen Gebiete wieder zurückgewonnen werden.

Dieser Erklärung schlossen sich die sozialistischen Abgeordneten aus Posen, Ost- und Westpreußen, dem Saargebiet, aus Oberschlesien und Schleswig an.

Nach diesen Ausführungen schritt die Nationalversammlung zur Abstimmung über das Vertrauensvotum und der Frage der Unterzeichnung des Vertrages.

Wer gegen die Unterzeichnung war.

Berlin, 24. Juni. (P. A. T.).

Der Beschluss der Deutschen Nationalversammlung in Weimar bezüglich der Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgte gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, eines Teiles des Zentrums und der Deutschen Demokraten.

Noskes Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Berlin, 24. Juni. (P. A. T.).

Die „Politische Nachrichten“ melden: Noske hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht infolge der Erklärung der Generale und Offiziere, daß sie aus dem Heere ausscheiden würden, sobald die Friedensbedingungen bezüglich der Anerkennung der Schuldfrage unterschrieben seien werden. Der Rücktritt Noskes wurde nicht angenommen. Den Offizieren wurde klargestellt, daß ihr Auscheiden nicht angebracht sei in einem Augenblick des Konflikts mit den Polen. Es ist anzunehmen, daß es infolge der neuen Anordnung Noskes zu Arbeiterruhen kommen werde, wie dies in Berlin dieser Tage der Fall war. (Eine vorgezogene Meldung gab 6 Tote und einige Verwundete an. Einzelheiten fehlen jedoch bis zur Stunde. — Die Schrift.).

Neue Berliner Pressestimmen.

Berlin, 24. Juni. (P. A. T.).

Der „Vorwärts“ schreibt, daß der durch Zwang unterschriebene Frieden für die Entente keine Bedeutung haben werde. Der Rausch des siegreichen Frankreichs werde bald vorüber sein. Für uns wird der Vertrag nur ein Papierzeichen sein. Wir werden nicht eher ruhen, bis dieses jeden Ehr- und Auslandsbegriff mit fülligen treitende Dokument vernichtet sei wird. Der Tag der Auferstehung wird gewiß kommen.

Der „Börsen-Courier“ meint, daß der Versailler Frieden nur eine Episode in der Geschichte der Menschheit sei und daß die Stunde kommen werde, da Alle als Gleichberechtigte Glieder der Völkerfamilie den Sieg des missachteten Rechts anstreben werden.

Die „Posse“ warnt vor sentimental oder impulsiven Ausbrüchen und meint, man müsse heute das tun, was möglich und nötig sei. Was die Auslieferung der Schuldigen anbetrifft, so glaubt die Zeitung, daß die künftigen Geschlechter diese Männer als Märtyrer ehren werden.

Ein deutsch-italienisches Bündnis?

Aus Wien gemeldet: Die Begleitumstände der Demission des Kabinetts Orlando haben in Paris großes Aufsehen und noch größere Beifürzung hervorgerufen. Der Deutschenfreund Nitti, ein Intimus Giolittis, hat in der Kammer sitzung, die zum Rücktritt der italienischen Regierung führte, eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Deshalb erblieb die französische Presse in der Niederlage Orlandos in der Kammer einen Sieg der deutschfreundlichen Partei Italiens. Sie befürchtet geradezu die Bildung eines deutsch-italienischen Bündnisses und die Spaltung der Entente. Die Angst in Paris vor einer neuen Weltkonstellation, die Frankreich in Zukunft um alle Früchte seines Sieges bringen könnte, spiegelt sich in einer Reihe sensationeller Blätterstimmen, unter denen besonders ein Artikel des „Echo de Paris“ hervorzuheben ist. Das Blatt schreibt:

Nitti, ein naher Verbündeter Giolittis und seiner Freunde, vertritt in der italienischen Politik eine Gedankenströmung von stark germanophilem

Hörbung. Es war nur allzuleicht vorherzusehen, daß die dem Zusammensetzen mit Deutschland geneigten Elemente aus dem von Wilson unvorstückerweise lancierten Manifest Nutzen ziehen würden.

In den letzten Tagen haben Bülow und Eichendorff in der rumänischen und in der Mailänder Presse Erklärungen verbreitet, die an die schönsten Tage der alten Neutralität erinnern, und Handlungen haben ohne Wissen Orlando und Sommo zweifellos die Worte begleitet.

Was macht Prinz Elio Borghese, der sein Land in Belgrad vertreten sollte, und der Jugoslawen infolge seines Konflikts, der aus Anlaß seines Beglaubigungsschreibens entstanden war, verlassen mühte, in Budapest? Zahlreiche Mitteilungen besagen, Bela Kun bei der Organisation seiner Armee beigestanden ist. Munition- und Apparitionierungsziege gingen aus den von den Italienern besetzten Gebieten nach der ungarischen Hauptstadt. Die Siege der Roten Armee über die Tschechoslowaken sind zum großen Teil diesen Machenschaften zu danken.

Gewisse Italiener scheinen sich immer mehr anzustrengen, um die aus der Auflösung Österreich-Ungarns entstandenen Staaten zu erschüttern und Österreich in die Arme Deutschlands zu treiben. Warum fürchten sie soviel mehr eine Donauabsorption als ein vergrößertes Deutschland? Es gibt darauf nur eine befriedigende Antwort, nämlich daß sie die Unterstützung dieses vergrößerten Deutschland zu erkennen hoffen. Gegen die Slawen streben sie eine deutsch-italienische Entente an. Wir stehen einer wahren Krise unserer Allianz gegenüber.

Reichstag.

64. Sitzung. 24. Juni.

In der heutigen Sitzung werden die Verhandlungen über die Agrarfrage fortgesetzt.

Abg. Barlicki erklärt, daß sein Klub Aenderungen des Gesetzesentwurfs beantragen müsse, z. B. die Streichung des Abschnittes 2 des Art. 1 des Entwurfs der Mehrheit der Kommission.

Abg. Biliński führt aus, daß die Agrarwirtschaft wie eine Fabrik, die nie stehen bleibt darf, eingerichtet werden müsse. Redner verlangt, daß neben den Städten Kolonien mit Gärten für Gewerbetreibende und Beamte eingerichtet werden müssen, damit letztere ein Stückchen Land besitzen und sich als Bürger fühlen können.

Abg. Wasilewski ist für die Beibehaltung des Art. 1 des Entwurfs im Interesse des Volkes.

Es sprechen noch einige Redner, die aber nichts neues ausführen.

Hierauf werden 3 Dringlichkeitsanträge, betr. die Kriegslage in Ostgalizien verlesen.

Der Antrag des Abg. Mataj und Genossen fordert die Regierung, bzw. das Oberkommando auf, den Reichstag binnen 5 Tagen einen Bericht über die Befolgung der Reichstagsbeschlüsse in den Militärangelegenheiten in Ostgalizien vorzulegen.

Der Antrag der Abg. Glombinski verlangt von der Regierung, daß sie alles unternehme, um Ostgalizien wiederzugewinnen und fordert eine genaue Klarlegung der Ursachen der letzten Misserfolge auf dem vorliegenden Kriegsschauplatz.

Der Antrag des Abg. Daszyński verlangt die Verhinderung gewissenloser chauvinistischer Wahlarbeit im Heer.

Die Dringlichkeit der ersten beiden Anträge wird angenommen, die des Daszyński wird abgelehnt.

Alle drei Anträge werden dem Ausschuß für Heeresangelegenheiten überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr nachm.

Die Teschener Evangelischen gegen die Tschechen.

Tesch, 24. Juni. (P. A. T.).

Sonntag fand in Teschen eine imponierende Kundgebung der evangelischen Bevölkerung aus dem ganzen Lande statt. Es wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die polisch-evangelische Bevölkerung im Teschener Schlesien war nie tschechisch. Im

Gegenteil, sie blieb polnisch ungeachtet dessen, daß ihr im 18. Jahrhundert tschechische Schulen und die tschechische Amtssprache aufgebrängt wurden und trotzdem sie in Ermangelung polnischer Seelsorger tschechische Geistliche in Anspruch nehmen mußte.

2. Die polnisch-evangelische Bevölkerung im Deutschen Schlesien hat seit ihrem Bestehen ihre Lebensäste und ihre religiöse und geistige Kraft aus Polen geschöpf, aus der polnischen Bibel, aus der polnischen Psalme des Geistl. Samuel Dombrowski und aus den deutschen und englischen Religionswerken in polnischer Übersetzung. Mit den Tschechen verband uns nie ein gegenseitiger geistiger Gütertausch, mit Polen hingegen fand unsere gegenseitige Annäherung immer mehr Nahrung.

3. Die polnisch-evangelische Bevölkerung mit der gesamten Einwohnerschaft des Herzogtums Teschen verlangt ganz entschieden die Angliederung an Polen, welches sie als ihr Vaterland und als den Halt ihres nationalen Lebens betrachtet. Diese Verbindung mit Polen wird sie mit der gesamten übrigen polnisch-evangelischen Bevölkerung zu einem ganzen vereinen. Ihre zwangsläufige Verschmelzung mit ihr fremden Elementen würde ihren Untergang heranführen.

4. In dem wichtigen Augenblick da man den Bölkern Gerechtigkeit widerfahren läßt, protestieren wir euanngelische Polen gegen jede Verteilung des polnisch-evangelischen Volkes, wie sie den Kreisen Sycow und Namslau durch ihre Losreihung vom polnischen Gebiet droht und wie dies uns im Herzogtum Teschen seitens der Deutschen droht, und erklären, daß die bestehende Demarkationslinie uns schon empfindlich fühlen läßt, wie furchtbar und unerträglich jedwede Teilung eines Volkes ist, welches sich in nationaler und religiöser Beziehung als ein Ganzes betrachtet.

5. Wir erklären uns damit einverstanden, daß die gegenwärtige Resolution dem Chef des Staates, der Warschauer Regierung, dem Marschall des Reichstags und der Friedenskonferenz in Paris vorgelegt wird.

Lokales.

Lodz, den 26. Juni.

Mieterschutz.

Zum vorgestrigen Vortrag des Ing. Trylski.

Der Wucher hat sich während des Krieges in fast allen kriegerischen Staaten eingebürgert und besonders in Polen hat er einen geradezu bedrohlichen Umfang angenommen. Auf allen wirtschaftlichen Gebieten triumphiert heute die Niedertracht des Wuchers, jeder sucht sich auf Kosten des anderen zu bereichern und macht dadurch eine Wiederkehr normaler Lebensverhältnisse geradezu unmöglich. Dagegen in ganz strenger Weise vorzugehen, ist Aufgabe der Regierung und des Volkes, welches unter der Gewissenlosigkeit so mancher habgieriger "Bürger" so unendlich leidet. Leider gibt es auch unter den Hausbesitzern Elemente, die gegen die zahlungsunfähigen Mieter schmungslos vorgehen, obwohl sie von ihrer Notlage unterrichtet sind. Ohne Zweifel gibt es wiederum Vermieter, die in Erkenntnis dieser Notlage zu Zugeständnissen bereit sind. Aber ihre Zahl ist äußerst gering, die Mehrheit kennt kein Erbarmen, sie schraubt den Mietzins willkürlich in die Höhe und läßt nicht einmal die notwendigsten Reparaturen im Hause vornehmen. Dabei ist es klar, daß falls der von der Notlage des Mieters unterrichtete

Vermieter diese Notlage ausnutzt, um von ihm einen Mietzins zu erlangen, der in auffälligen Mißverhältnis zu dem Wert der Wohnung steht, sich des Wuchers schuldig macht, wenn er gewerbs- oder gewohnheitsmäßig handelt.

Diese Ausführungen, die so sehr den Zuständen in Lodzi entsprechen, lagen dem vorgebrachten Vortrag des Ing. Stanislaw Trylski aus Warschau zu Grunde. Ing. Trylski schilderte die verworfslichen Machenschaften der wucherischen Hausbesitzer in Warschau und anderen Großstädten Polens und führte aus, daß es neue Gesetzesbestimmungen gibt, die dem Mieter die geeignete Waffe in die Hand geben, um sich vor der Ausbeutung gewisser Hausbesitzer zu schützen. Das Dekret der Regierung vom 16. Januar 1919 enthält 31 Artikel über das Verhältnis des Mieters zum Vermieter. Wer sich danach richtet, kann einem Konflikt mit dem Hausbesitzer entgehen, denn an dem, was das Gesetz vorschreibt, kann nicht gedehnt werden. Leider ist die Bevölkerung fast garnicht von dem Inhalt des Dekrets und der Ergänzungsbestimmungen der Regierung vom 5. März 1919 unterrichtet. Ing. Trylski hat daher einen "Mietervakatzismus" (Katechismus lokatora) herausgegeben, der die obigen Bestimmungen der Regierung und ausführliche Auflösungen und Ratschläge für den Mieter enthält.

In seinen weiteren Ausführungen befürwortete der Vortragende die Einsetzung von Hausschäften, die von den Hausbewohnern gewählt werden und die Aufgabe haben sollen, zwischen Hausbesitzer und Mieter zu vermitteln, notwendige Ausbesserungen des Hauses oder Wohnungen gutzuheften oder zu beantragen, in Rechtsfällen zu raten, für die Hausbewohner eine eigene Kooperative zu gründen, die die Mitglieder mit Lebensmitteln und Feuerung zu den billigsten Preisen versieht, also der Ausbeutung der Hausbewohner durch Wucher vorbeugt. Der Vortragende wies auf den in Warschau mit Erfolg und zum Nutzen seiner Mitglieder bestehenden Mietverein hin, der der gesamten Bevölkerung nicht hoch genug anzuschlagende Dienste leistet. Die Bildung eines solchen Mietervereins in Lodzi sei erforderlich, damit der kleine Mann, der Handwerker, Arbeiter, ferner der Beschäftigunglose in seiner Bedrängnis Schutz finden könne.

Die Ausführungen des Ing. Trylski erweckten unter den zahlreichen erschienenen sächsischen Interesse.

Ingenieur St. Trylski erteilte einem Mitarbeiter des "Glos Politi" folgende Informationen: Wie wir wissen, läuft der Termin des Dekrets, das die Aussiedlung der arbeitslosen Mieter verbietet, am 1. Juli ab. Viele Mieter haben bereits die Aufforderung zur Räumung der Wohnungen erhalten. Inzwischen hat die Reichstagskommission den Entwurf eines Gesetzes, das die Wohnungsfreigabe in einem für die Hausbesitzer ungünstigen Sinne regelt und auch einige kleine Änderungen zu Ungunsten der Mieter einführt, angenommen. Alle Kündigungen zum 1. Juli werden für ungültig erklärt werden. Wer bis zum 1. Juli die Miete bezahlt hat, darf und kann nicht aus der Wohnung entfernt werden. Selbst wenn der Wirt das Kündigungsurteil besitzt, der Mieter ist aber bereit erklärt, die Miete zu bezahlen, so verzerrt dieses Urteil seine Kraft. Es kann daher von Kündigungen überhaupt keine Rede sein. Der Entwurf des von der Reichstagskommission angenommenen Gesetzes beschützt die Laden, Hotel, Pensionatbesitzer und verbietet die Kündigung deren Wohnungen. Die in dem Entwurf zu ungünsten der Mieter vorgenommenen Änderungen beziehen sich nur auf größere Wohnungen, für die die Miete etwas erhöht werden wird. Für kleinere Wohnungen (höchstwahr-

scheinlich bis 3 Zimmern) bleibt der Mietpreis der Vorriegszeit bestehen. Sollte der Reichstag das Gesetz bis zum 1. Juli nicht beschließen, so wird in jedem Falle beschlossen, daß das Gericht keine Kündigungsurteile fällen darf.

Wie wir gestern in später Abendstunde von Herrn Ingenieur St. Trylski erfahren haben, findet am heutigen Tage um 1/2 Uhr abends im Lokale des Vereins der polnischen Handelsgehilfen, Petrikauer Straße 108, eine Organisationsversammlung des Mietervakatzvereins statt. Zum Eintritt sind sämtliche Personen berechtigt, die sich bereits in den Verein eingeschrieben haben, oder die Absicht haben dies noch zu tun.

Streifdrohung der Verbraucher in England. Die englische Bevölkerung, die von den Wucherern augencheinlich ebenso ausgebettet wird wie die Lodzi, ist nicht so sanftmütig wie diese und droht mit Gegenmaßnahmen. Wie die "Daily News" nämlich berichten, ist die Bevölkerung in Anbetracht der Lebensmittelpreise, die nicht sinken wollen, sehr aufgebracht. Der Sekretär des englischen Konsumentenrates betrachtet die Lage als äußerst ernst und sagt, daß, falls die Regierung nicht Maßnahmen ergreift, ein Streik unvermeidlich sein wird. Die Profitmacher müßten kontrolliert werden. Es wird verlangt, daß das englische Nahrungsmittelamt seine Tätigkeit fortsetze, um eine weitere Ausbeutung der Konsumenten zu verhindern. — Wie wär's, wenn die Lodzi Bevölkerung diesem nachahmenswerten Beispiel folgt?

Aussichten auf Kaffee. Nach Aufhören der Blockade und der damit zusammenhängenden Einschränkungen im Kaffeeverbrauch Europas wird der Kaffee wieder eine wichtige Rolle in der brasilianischen Handelsbilanz spielen. Die Lager, die gewöhnlich in Europa und Nordamerika angehäuft sind, sind gegenwärtig ungewöhnlich klein. Bis zur neuen Ernte kann, so berichtet der schwedische Konsul in Rio de Janeiro, Brasilien 960.000 Tonnen Kaffee verschiffen. Dazu kommen noch 200.000 Tonnen aus anderen Produktionsländern. Wenn also die Lager in Europa und Nordamerika wieder aufgefüllt sind, wird für den normalen Verbrauch eine Kaffeemenge übrig bleiben, die ungefähr ebenso groß ist wie unter normalen Verhältnissen.

Wareneinfuhr aus der Schweiz. Die polnische wirtschaftliche Handelsmission in Wien arbeitet gegenwärtig daran, die Einfuhr von Waren aus der Schweiz nach Polen zu erleichtern. Zu diesem Zweck werden nach Warschau besondere Güterzüge abgehen. Um Spekulation und Wucher zu vermeiden, werden die Waren unter Kontrolle der Behörde verkauft werden.

Am 21. Juni reiste aus Warschau eine polnische Delegation zum Kooperativkongress nach Paris ab. Der Direktor des Warschauer Kooperativverbandes, Herr Mozzulski, soll sich nach England, Holland und den anderen europäischen Staaten zum Einkauf von verschiedenen Waren im Werte von 30 Millionen Mark begeben. Vor allen Dingen sollen Artikel des täglichen Gebrauchs erstanden werden, wie: Reis, Zucker, Zigaretten, Kaffee, Tee, Kakao und Webstoffe. Es ist daher zu erwarten, daß die Preise der genannten Waren fallen werden.

Die Gesellschaft Gegenseitigen Kredits Lodzi Industrieller veranstaltet morgen um 5 Uhr nachmittags im Saale des Konzerthauses in der Zielonkastr. 18 eine außerordentliche Generalversammlung ihrer Mitglieder. Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht für das Jahr 1918, a) Bericht der Revisionskommission, b) Entlastung der Verwaltung; 2) Bestätigung des Voranschlages für 1919; 3) Wahlen: 2 Mit-

glieder der Verwaltung, 2 Mitglieder des Conseils, 3 Mitglieder der Revisionskommission, 3 Kandidaten der Revisionskommission. Sollte die Versammlung nicht zu Stande kommen, so findet sie am 11. Juli in demselben Lokale und zur gleichen Stunde im zweiten Termin statt und ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesen den Mitgliedern beizufügbar. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.

Der Reichstag für die Gleichberechtigung der Religionen. In der Dienstagssitzung der Konstituitionskommission wurden nach dem Referat des Abgeordneten Glabinski die Batagraphe 17—20, die die Religionsbefreiung betreffen, angenommen. Es wurde beschlossen, daß in Polen alle Religionen gleichberechtigt sein sollen; an erster Stelle müsse aber der katholische Glauben, zu dem sich die Mehrzahl des Volkes befindet, stehen. Die katholische Kirche werde durch eigene Gesetze regiert, die mit Einstimme des apostolischen Stuhls eingeführt werden. Die Anerkennung einer Religion durch die Regierung kann nur auf dem gesetzgebenden Wege geschehen. Die polnische sozialistische Partei steh auf dem Standpunkt, daß die Kirche von dem Staat getrennt werden müsse und hat sich die Verteilung dieses Standpunktes auf einer Reichstagsitzung gesichert. Die Angelegenheit der Feiertage, die von den Juden festlich begangen werden, wird zusammen mit verwandten Angelegenheiten erledigt werden.

Im Evangelischen Lehrerseminar beginnen die Aufnahmeprüfungen für das Schuljahr 1919/20 am 25. August, um 8 Uhr früh. Schriftliche Anmeldungen werden vom 1. Juli ab in der Kanzlei des Seminars, Evangelische 11, täglich von 9—11 Uhr vormittags eingegangen. Dem eigenhändig geschriebenen Gesuch müssen folgende Dokumente beigelegt werden: 1. ein selbstgeschriebener kurzer Lebenslauf, 2. der Tauf- und der Konfirmationschein, 3. das Schulzeugnis, 4. ein ärztliches Zeugnis, 5. eine Photographic mit eigenhändiger Unterschrift. Die Kandidaten für die 1. Klasse müssen wenigstens 14 Jahre alt sein, resp. im laufenden Kalenderjahr 14 Jahre alt werden. Kandidaten über 20 Jahre können in die erste Klasse nur mit Genehmigung des Unterrichtsministeriums aufgenommen werden.

Zum Eintritt in die erste Klasse werden folgende Kenntnisse verlangt: 1. in der Religion: Kenntnis der biblischen Geschichten alten und neuen Testaments und des Lutherischen Katechismus; 2. in der polnischen Sprache: fließendes und deutliches Lesen; Erklärung der gelesenen Absätze in Bezug auf den Inhalt und die Gedankenfolge; Erzählung des Inhalts längerer Sätze; Kenntnis des einfachen und zusammengefügten Saches sowie Sachanalyse: Formenlehre nach dem Handbuch: Niewiadomska, Gramatyka, Teil I., II., III. und IV.; ein orthographisch geschriebenes Dictat; schriftliche Übungen (Berichte über Ereignisse, Brief usw.); 3. in der deutschen Sprache: werden diejenigen Kenntnisse verlangt wie in der polnischen; 4. in der Arithmetik und der Geometrie: Fertigkeit im Rechnen mit ganzen Zahlen, mit Dezimalen und gemeinen Brüchen. Sichere Kenntnis des Einmaleins, der benannten Zahlen und der metrischen Maße. Schriftliche Lösungen von Aufgaben mit Angabe des Planes. Die Grundbegriffe von Körpern und Flächenfiguren. 5. In der Geschichte Polens. Kenntnis der wichtigsten Geschichtsereignisse Polens, nach den Handbüchern Grzymontowski, Pisarewski oder Deierzanowski; 6. in der Erdkunde Polens. Kenntnis der Karte und allgemeines Wissen über die Erdkunde Polens nach dem Lehrbuch der Frau Nalowska. Die Anfangsgründe über die Welt von Bulowiecka. Beschreibung der polnischen Länder; 7. aus der Naturgeschichte: die

Auch nach dem Besuch Hermanns hatten sie ihn gefragt, was er bei ihm gewollt, wann er gekommen und wann und in welcher Richtung er davongegangen sei.

"Ich fühle mich jetzt ordentlich erleichtert," sagte der alte Mann. "Nimm's mir nicht ungut, Hannchen, aber ich muß Dir bekennen, daß ich anfangs, Gott verzeih' mir's, einen gar argen Verdacht gegen Hermann gehabt habe. Er ist nun einmal bei aller Herzen ein hiliger und jähzorniger Mensch, und wenn man erwägt, daß das schändliche Gerede gestern noch sein Blut in Wallung gebracht hatte, so — . Na, Gott sei dank, daß es damit nichts ist, denn die Spuren im Dicke, wie ich nun selbst gesehen habe, lassen darauf schließen, daß sich der Halume herangeschlichen hat. Ein Mord aus dem Hinterhalte ist aber Hermann's Sache nicht. Auch die Herren vom Gerichte scheinen keinen Verdacht auf ihn zu haben, denn sie sprachen sehr achtungsvoll von ihm, und die verfürzte Flinte, die ich ihm geschenkt habe, wurde nur so nebenbei erwähnt."

"Ach ja, die Flinte!" klagte die Muhme. "Wenn Du ihm nur die nicht gegeben hättest!" "Geh, Christine!" sagte Bachmann unwillig. "Was Du nur immer hast! Wenn's dem Hermann wirklich an den Kragen ginge, was Gott verhüten möge und was ich für ausgeöffneten halte; so wärest Du selbst mit dran schuld!" — Ja, Du! fuhr er eindringlich fort, als die Muhme eine beiternde Bewegung machte. "War das etwa klug von Dir, als Du gestern bei den ersten Worten des Hannes ausriefst! Jesu, Mohde, was habt Ihr angerichtet? Was sollen denn erst Fremde denken, wenn die eigenen Angehörigen Hermann so etwas zutrauen?"

Fortsetzung folgt.

Leute munkelten da so etwas von einer Eiserne, die der Mohde auf den Herrn Grafen haben soll. Sie sagen — "

"Schon gut," unterbrach ihn der Polizeidirektor. "Haben Sie sonst noch etwas festgestellt?"

"Ja wohl, Herr Direktor! Der Mohde ist heute zurückhaltend durch das Dorf gelaufen und hat den Leuten merkwürdige Drohungen zugeworfen. Dann ist er in den Wald gegangen. Ich habe ferner festgestellt, daß er gegen zehn Uhr aus der Försterei fortgegangen, aber erst gegen zwölf Uhr mit einer Flinte, die ihm sein Schwiegervater, der Förster Bachmann, geschenkt hat, wieder heimgekehrt ist."

Tiefste Bewegung.

Wera wurde um einen Schatten bleicher, die Herren starrten gedankenvoll vor sich hin.

Der Gendarm rapportierte nur noch, daß er zwei Polizeibeamte an der Stelle des Verbrechens zurückgelassen habe, in deren Nähe einige gefleckte Zweige im Gebüsch den Weg bezeichneten, den der Mordkubus gegangen sein müsste. Sonst habe man dorfselbst nichts Auffälliges gefunden.

Die Herren erhoben sich.

Ihre Männer waren ernst und verschlossen.

"Frau Gräfin wollen die Unbequemlichkeit verzeihen, die wir verursacht haben," verabschiedete sich der Untersuchungsrichter. "Sobald es der Befehl des Herrn Grafen erlaubt, werde ich mich zu seiner Bezeichnung noch einmal einstellen. Und noch eins: von ganz besonderen Werken für die Untersuchung ist die Kugel, die den Herrn Grafen verwundete. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß sie nicht abhanden kommt."

Der Referendar schraubte sein Taschenrechzeug zusammen, rieb das Protokoll, unter das

Wera ihren Namen gesetzt hatte, in ein Papier, die Herren verneigten sich und gingen davon.

Das Schicksal eines Unglüchlichen war besiegt.

Am nächsten Vormittag in der zehnten Stunde sandt sich Hannchen in dem Försterause ein.

Sie wollte dabei sein, wenn ihr Vater mit der Muhme das Wägelchen bestieg, das beide für immer aus ihrer bisherigen Heimat nach der Stadt entführen sollte.

Die Möbel waren bereits fort, und Bachmann wartete nur noch auf den neuen Förster, damit er ihm die Schlüssel des Hauses und die Rechnungsbücher übergeben konnte.

Was der Graf noch vor kurzer Zeit sich anzunehmen geweigert, war nun zur Notwendigkeit geworden.

Da er schwach und hilflos auf dem Krankenbett lag, mußte er nur froh sein, daß Bachmann in so gewisserhafter Weise sein Amt an seinen Nachfolger übertrug.

Doch nicht von diesem und vom Abschiednehmen sprachen die drei, der Förster, die Muhme und Hannchen, als sie zum letzten Male, da es drinnen zu ungemütlich war, in der Gardeinsaue saßen, die sie immer so glücklich vereint gesehen.

Auch sie standen völlig unter dem Banne des schrecklichen Verhängnisses, das so plötzlich über das Grauenloch hereingebrochen war.

Die Herren vom Gerichte waren noch gestern im Försterause gewesen und hatten Bachmann zu Protokoll vernommen. In aller Ausführlichkeit hatte er den Besuch des Grafen schildern und auch jedes Wort berichten müssen, daß zwischen ihnen gewechselt worden war.

wichtig und
ja
sche
in der
Der
uns mi
während
nicht u
üblich
Die
Schulf
am 2.
men w
müssen
feucht n
Der
Das
bekannt
reich be
aufgeho
fortan
und Ge
Kre
des Kre
folgende
totals a
Antvor
deveitje
sterum
Wahl v
abteilun
an Son
plegung
Verlauf
geordnet
Beschlie
fassung
abteilun
Revision
richterje
treter de
iagover
Sanität
treieren
Abhäng
tationen
Wahl r
requirierte
für Bag
von Sel
stücke;
den Unt
weisung
und Laz
gegennah
ausgabe

1 1/2
Monat
verlaufen
194759
und Buch
verlaufen
Größe,
selzucker,
55 951
Bd. Ba
milch, 1
vulser.
Produkt
189117

Koh
ausrat
Kohlenw
pflegung
zurück.
der Koh
983 283

jedoch le
Da den
zugeteilt
kann 2
Das M
wurde
einer d
zuleiten,
derung 1

Sche
verein v
um 4 U
ein gro
den aufs
werden 1
Die Jug
Freilüb
und Bar
wird un
Übungen
auch befi
beteiligt

Das
vereins,
finden so
auf den
verlegt n
Gäde in
mittags.
Im Fall
ofale in

Rai
L. Rad
Barzenc
Bezahlen
viel beza
traf, erfu</p

wichtigsten Kenntnisse aus der Zoologie, Botanik und Mineralogie.

In den polnischen Fächern (Sprache, Geschichte und Erdkunde) wird in der polnischen Sprache geprüft werden; in den übrigen Fächern in der deutschen Sprache.

Der Schulrat und die Ferien. Wie man uns mitteilt, wird der Schulrat der Stadt Lódz während der Sommerferien seine Beschäftigung nicht unterbrechen; die Sitzungen werden wie üblich Montags stattfinden.

Die neue Kurzeit für lungentranke Schulkinder beginnt im Sanatorium in Chojny am 2. Juli. Es werden 51 Kinder aufgenommen werden. Vor Aufnahme in die Anstalt müssen sie gebadet, geschoren und die Kleider entstaucht werden.

Der Postverkehr mit Deutsch-Oesterreich. Das Ministerium für Post und Telegraphie gibt bekannt: Die im Postverkehr mit Deutsch-Oesterreich bestehenden Beschränkungen sind vollständig aufgehoben worden. Nach diesem Lande sind fortan alle Postsendungen, auch eingeschriebene und Geschäftsbriebe, zulässig.

Kreistag. Heute findet die fünfte Sitzung des Kreistages statt. Die Tagesordnung umfasst folgende Angelegenheiten: Annahme des Protocols über die vierte Sitzung; Verlesung der Antwort des Generals Haller auf die Begrüßungsrede des Kreistages; Erklärung des Ministeriums des Innern in der Angelegenheiten der Wahl von Vertretern der Mitglieder der Kreisabteilung und der Unfähigkeit der Windmühlen an Sonn- und Feiertagen; Antwort des Verwaltungministeriums in der Angelegenheit des Verkaufs von Monopolsalz; ein Brief des Abgeordneten Stolarski in der Kohlenangelegenheit; Beschließung der Geschäftsordnung; Beschlussfassung über das Weiterbefehlen der Handelsabteilung; Wahl von 3 bis 5 Mitgliedern in die Revisorstomission der Handelsabteilung; Berichterstattung über die Zusammenkunft der Vertreter der Kreisverwaltung; Wahl eines Kreistagvertreters in den Bezirksrat; Wahl eines Sanitätskommission; Wahl von 2 Kreistagsvertretern und 2 Stellvertretern in die städtische Abhängigkeitskommission; Wahl einer Qualifikationskommission für die Kommunalpolizisten; Wahl von 5 Kreistagvertretern in die Kreisrurkierungskommission; Beschließung der Steuern für Bagen, Auffäusitationen; für das Mahlzeug von Getreide und für bisher steuerfreie Grundstücke; Anweisung von 4000 M. als Anteil an den Unterhaltskosten einer Zuchtmutter; Anweisung von 3000 M. für die Opfer in Orlowo und Łazy; Festlegung des Termins zur Entgegennahme der Rückzahlung der Desinfektionsausgaben; Anträge.

1½ Millionen Pfund Weizenmehl. Im Monat Mai wurde in den 20 städtischen Brotverkaufsläden 199 689 Pfund Roggenbrot und 142 593 Pf. Weizenbrot verkauft; in den 15 Mehl- und Zuckerverkaufsläden wurden in derselben Zeit verbraucht: 1 418 758 Pf. Weizenmehl, 55 585 Pf. Grütze, 135 832 Pf. Farin, 113 709 Pf. Butter, 12 286 Pf. Zichorie, 81 Pf. Butter, 55 951 Pf. Schmalz, 10 705 Pf. Speck, 275 824 Pf. Bouillonwürfel, 26 508 Büchsen Kondensmilch, 116 283 Pf. Salz und 897 Pf. Seifenwasser. Es waren 14 Bäckereien tätig, deren Produktion 2 418 067 Pf. Gebäck betrug, wozu 1 891 179 Pf. Mehl verwendet wurde.

Kohlen. Am 24. Juni lehrte der vom Magistrat zur Sitzung des staatlichen Amtes für Kohlenverteilung abgesandte Direktor der Verwaltungsdeputation, Wolszynski, aus Warschau zu. In der Sitzung wurde festgestellt, daß der Kohlenbedarf Polens für den Monat August 983 283 To. betrugen wird. Die Regierung ist jedoch kaum imstande, 466 000 To. zu beschaffen. Da den Bahnen und dem Heere sehr viel Kohle zugutezt werden muß, wird für die Bevölkerung kaum 20 Proz. ihres Bedarfs übrig bleiben. Das Ministerium für Industrie und Handel wurde erucht, sofort Schritte zur Einstellung einer dritten Arbeiterschicht in den Gruben einzuleiten, um eine Vergrößerung der Kohlenförderung herbeizuführen.

Schauturnfest. Der Lódzer Sport- und Turnverein veranstaltet am 29. d. Mts., nachmittags um 4 Uhr, in der Turnhalle, Balonowastraße 82, ein großes Schauturnfest. Im Programm werden aufgeführt: Schulübungsturnen. Vier Riegen werden an Reck, Barren und Pferd arbeiten. Die Jugendabteilung wird Fähnchen-Riegen sowie Freilübungen vorführen. Außerdem werden Stab- und Hantelübungen sowie Klütturen an Reck und Barren angezeigt. Das Scheiblersche Orchester wird unter Leitung des Herrn Tonfeld bei allen Übungen sowie zum Tanz spielen. Es werden auch befreundete Vereine an dieser Veranstaltung beteiligt sein.

Das Gartenfest des Rotarier Kirchengesangvereins, das am vergangenen Sonntag stattfinden sollte, ist des ungünstigen Wetters wegen auf den kommenden Sonntag, den 29. d. M., verlegt worden. Es findet im Garten des Herrn Gaede in Ruda statt. Beginn um 2 Uhr nachmittags. Ein Künftlerquintett wird konzertieren. Im Halle midigen Wetters findet im Vereinslokal in Rokiet gemütliches Beisammensein statt.

Raub. Vor einer Woche kaufte der Fleischer S. Radziejewski bei St. Trzepkowski aus Warszowice, Kr. Brzeziny, einen Holztrog. Beim Bezahlung hatte er sich geirrt und 100 M. zu viel bezahlt. Als er vorgestern in Stryków eintraf, erschreckte Radziejewski von einem Bekannten,

dass in Stryków der Schwager des Trzepkowski, Fr. Gock, weise und dieser nach Warszowice zurückfahre. Diese günstige Gelegenheit benützend, fuhr Radziejewski zusammen mit Gock nach Warszowice. Als sie spät abends dort ankamen, setzten sie sich zum Abendessen nieder. Während desselben drangen vier mit Revolvern bewaffnete Banditen in den Hof ein. Einer von ihnen begab sich in das Haus und holte Radziejewski heraus. Die übrigen drei blieben bei Gock. In dieser Zeit fiel ein Schuß, durch den einer der Banditen auf der Stelle getötet wurde. Wer den Schuß abgefeuert hat, konnte nicht festgestellt werden. Darauf führten die Räuber Gock in das Haus und sperrten alle Hausbewohner in den Keller ein. Hierauf holten sie Radziejewski heraus und nahmen ihm 500 M. und eine Schulverschreibung auf 500 M. ab. Aus der Wohnung des Gock raubten sie zwei goldene Ringe und eine Uhrkette im Werte von 100 M. Bei dem erschossenen Banditen wurden keine Ausweise vorgefunden.

Am 23. d. M. um 10½ Uhr früh wurde auf den Hof des Landwirts Leopold Bonit in Antoniew-Stoki bei Lódz ein bewaffnete Raubüberfall verübt. Die hierzu benachrichtigte Polizei nahm die Verfolgung der Banditen auf und es gelang ihr auch, einen derselben, namens Leopold Schwante, festzunehmen und der Kriminalabteilung zu übergeben.

Ohne Waffenschein. Am gestrigen Tage verhaftete die Polizei nachstehende Personen, die ohne Waffenschein Revolver führten: Jan Umieli, Lagiewnickastraß. 74, T. Krawiecki, Franciszkastraß. 42 und J. Duszynski, Staro-Bałut 15. Bei der Verhaftung waren sie die Waffen fort, die dann gefunden wurden.

Ein billiges Pferd. Der Einwohner des Dorfes Adamów, Kreis Lenczyca, J. Kozanecki, meldete der Polizei, daß ein gewisser L. Kazimierski von ihm ein Pferd gekauft und dieses mit 24 falschen Hundertmarksteinen bezahlt habe. Kazimierski gestand dies ein und wurde der Kriminallabteilung übergeben.

Selbstmorde. Vorgestern erhängte sich in der Sienkiewiczastr. 71 ein gewisser August Fiedler und in der Borysiakstraß. 12 ein gewisser Marcin Dłobek.

Theater und Konzerte.

Das neue, dritte, Programm im „Casino“ bietet viel Abwechslung. Ästhetisches Wohlbehagen bieten die Tänze der Damen Kühl und Kościubinska, die im „Moment musical“ wie leichtbeschwingte Elfen über die Bühnenbretter schweben. Frau Szarowska wartet mit einem Zigeunerlantz auf. Schade, daß sie aus diesem Naturtanz einer Kunststanz macht! In der erstklassigen Tänzerin Frau Banowska lernten wir jetzt auch eine gute Sängerin kennen. Ihr Gatte führte uns als John Jums einen Negertanz vor. Dieser gefiel so sehr, daß der schwarze Gentleman seine Nummer wiederholen mußte. Lin, Chrymonowicz, Frau Wandycz und Domanski sangen neue Lieder, die gefielen. Domanski wird immer mehr der erklärte Liebling des Lódzer Publikums, besonders der Damenwelt. Ein pikanter Sketch „Das Ende“ beschloß die interessante Vortragsfolge.

Bvereine und Versammlungen.

Deutscher Schul- und Bildungsverein. Zur Kenntnis des lesenden Publikums. Die Vereinsbücherei wird während der ersten Hälfte der Sommerferien wie folgt tätig sein: heute und morgen wird die Bücherei, wie gewöhnlich, von 6 bis 8 Uhr abends geöffnet sein: von Sonnabend, den 28. Juni, bis Montag, den 7. Juli, einschließlich wird sie geschlossen bleiben; von Dienstag, den 8. Juli, bis Freitag, den 25. Juli, können sodann wiederum täglich Bücher eingetauscht werden. Die weiteren Leiterinnen und Leiter wollen sich daher heute und morgen mit entsprechender Leidenschaft für die angekündigte Unterhaltung versorgen.

Im Sportverein „Sturm“ findet am Sonnabend, den 28. d. Mts., genau 7 Uhr abends im eigenen Lokale, Podlesnastraße 1, eine außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder mit folgender Tagesordnung statt: Ergänzungswahl der Verwaltung, Ballotage, Anträge usw. Um unbedingtes und plünktliches Erscheinen der Mitglieder bittet die Verwaltung.

Aus der Umgegend.

Brzeziny. Jahresschlusseier in der deutschen Schule. Am Sonntag, den 22. d. Mts., fand in der evangelischen deutschen Schule in der Gorzkistraße die Jahresschlusseier statt. Eingekehrt wurde sie mit dem Liede „Ein feier Burg ist unser Gott“ in deutscher und „Gott, der du Polen“ in polnischer Sprache, worauf verschiedene Schüler und Schülerinnen mehrere Gedichte gleichfalls in beiden Sprachen vortrugen. Der zur Feier erschienen Bürgermeister W. Niedzwiedz hieß an die Kinder eine Ansprache und brachte den Kindern kleine Geschenke mit. Der Lehrer, Herr Breuer, wandte sich an die Eltern mit der Mahnung, ihre Kinder in die Schule zu schicken, da ihnen die erworbenen Kenntnisse im ferneren Leben große Dienste leisten würden. Er betonte die sehr wichtige Frage der deutschen Unterrichtssprache, von welchem Redt alle in Polen wohnenden Deutschen Gebrauch machen müssten, um die Muttersprache nicht zu vernachlässigen oder gar zu vergessen, umso mehr, als die polnische Regierung dem Beispiel der preußischen Regierung nicht folgt, sondern die deutsche Unterrichtssprache in den Schulen duldet.

Raub. Vor einer Woche kaufte der Fleischer S. Radziejewski bei St. Trzepkowski aus Warszowice, Kr. Brzeziny, einen Holztrog. Beim Bezahlung hatte er sich geirrt und 100 M. zu viel bezahlt. Als er vorgestern in Stryków eintraf, erschreckte Radziejewski von einem Bekannten,

den. In der Nacht stürzte er sich auf seine schlafende Frau und brachte ihr mit einem Messer erhebliche Verletzungen am Halse bei. Die aus dem Schlaf geweckten Kinder schlugen lärm, worauf Nachbarn den Rajenden unglücklich machten. Die verletzte Frau wurde nach dem städtischen Hospital gebracht, während Süßkind nach dem Polizeiamt abgeführt wurde. In einem unbewachten Augenblick sprang er plötzlich aus dem im 1. Stock gelegenen Fenster des Polizeiamts auf das Straßenplaster herab und zog sich schwere Körperverletzungen zu. Während seine Frau der Genesung entgegenging, ringt Süßkind mit dem Tode.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Generalstabssbericht vom 25. Juni.

Galizisch-wolhynische Front: An der galizischen Front gesteigerte Kampftätigkeit. Drei Angriffe der Ukrainer auf Ostrowiec Polny wurden mit großen Verlusten für den Feind zurückgewiesen. Unsere Truppen drangen im Gegenangriff vor und besetzten Buzek und Buzel. Desgleichen wurden Angriffe der Ukrainer im Gologongebiet abgeschlagen. Der Feind erlitt dabei große Verluste an Toten und Verwundeten sowie an Gefangenen und Maschinengewehren. Zwischen Kobylin und Bursztyn dauerten die Kämpfe an. In Wolhynien bei Raszalowka gewehrte.

Podlasische Front: Die Lage ist unverändert.

Litauisch-weißrussische Front: Im Gebiet Kerezin lebhafte Tätigkeit der feindlichen Vorposten. An der übrigen Front herrscht Ruhe.

In Vertreibung des Generalstabschefs Haller, Oberst.

Posener Bericht vom 25. Juni.

Nordfront: Nachts beschoss die deutsche Artillerie Budziat, Bamośc und Wenglewo. Nördlich von Budzyn und bei Wenglewo Zusammenstöße mit deutschen Vorposten.

Westfront: Bei Grodno und Wenglewo schwache Tätigkeit der Minenwerfer. An der übrigen Front herrscht Ruhe.

Südfront: Im Gebiet von Kempen feindliche Artilleriefeuer und Vorpostentätigkeit. An den übrigen Frontabschnitten Zusammenstöße mit den deutschen Patrouillen.

Brzezynski, Generalleutnant, Chef des Stabes.

Die Unterzeichnung des Friedens.

Wien, 25. Juni. (P. A. T.) Das W. B. R. meldet aus Lyon, daß der Biererrat an Haniel die Frage gerichtet hat, ob dieser den Friedensvertrag selbst als Bevollmächtigter Deutschlands unterzeichnet, oder ob zu diesem Zweck eine Delegation von besonders Bevollmächtigten eintreffen wird. Im Falle der Vertrag von Haniel unterschrieben wird, so würde die Unterzeichnung sofort und im andern Falle Donnerstags oder Freitag erfolgen.

Ein Aufruf Nosles an die Reichswehr.

Nauen, 24. Juni. (P. A. T.) Der Reichswehrminister Nosle hat an die Armee folgenden Aufruf gerichtet: Ich habe mich vergebens bemüht, das Kabinett zur Nichtunterzeichnung des Gewaltfriedens zu bewegen. Jetzt, da meine Mission abgelehnt wurde, hat der Ministerpräsident gemeinsam mit den Mehrheitsparteien auf der Nationalversammlung beschlossen, den Frieden zu unterzeichnen. Unser Land blutet aus tausenden Wunden. Unser Volk hat durch den langjährigen Hunger und die Entbehrungen seine Energie verloren. Millionen wollen die Freiheit und den Frieden. Der ganze Westen Deutschlands zittert bei dem Gedanken der feindlichen Invasion, die unser Land vollständig vernichten würde. Die Freiwilligenverbände, die Abteilungen der Reichswehr und die aktiven Soldaten haben sich mit wechselndem Erfolg bemüht, unser Reich vor dem endgültigen Ruin zu bewahren. Die Regierung und die Nationalversammlung haben uns in dieser harten Zeit für unsere Pflichterfüllung keine Anerkennung ausgesprochen. Ich vergeesse auch diejenigen nicht, die wegen den niedrigstzulasten Bedingungen gezwingt werden, sich aus dem Heer zurückzuziehen. Im Unglück, das uns betrifft, appelliere ich an die Ehre eines jeden Führers und Soldaten, nicht von der Notwendigkeit des Ausharrens zu verlassen.

Ein Aufruf Nosles an die Reichswehr.

Nauen, 24. Juni. (P. A. T.) Der Reichswehrminister Nosle hat an die Armee folgenden Aufruf gerichtet: Ich habe mich vergebens bemüht, das Kabinett zur Nichtunterzeichnung des Gewaltfriedens zu bewegen. Jetzt, da meine Mission abgelehnt wurde, hat der Ministerpräsident gemeinsam mit den Mehrheitsparteien auf der Nationalversammlung beschlossen, den Frieden zu unterzeichnen. Unser Land blutet aus tausenden Wunden. Unser Volk hat durch den langjährigen Hunger und die Entbehrungen seine Energie verloren. Millionen wollen die Freiheit und den Frieden. Der ganze Westen Deutschlands zittert bei dem Gedanken der feindlichen Invasion, die unser Land vollständig vernichten würde. Die Freiwilligenverbände, die Abteilungen der Reichswehr und die aktiven Soldaten haben sich mit wechselndem Erfolg bemüht, unser Reich vor dem endgültigen Ruin zu bewahren. Die Regierung und die Nationalversammlung haben uns in dieser harten Zeit für unsere Pflichterfüllung keine Anerkennung ausgesprochen. Ich vergeesse auch diejenigen nicht, die wegen den niedrigstzulasten Bedingungen gezwingt werden, sich aus dem Heer zurückzuziehen. Im Unglück, das uns betrifft, appelliere ich an die Ehre eines jeden Führers und Soldaten, nicht von der Notwendigkeit des Ausharrens zu verlassen.

Vertagung der Nationalversammlung.

Berlin, 25. Juni. (P. A. T.) Die Nationalversammlung ist bis zum 1. Juli vertagt. Die deutsche nationale Volksliste hat den Antrag gestellt, den 22. Juni, an dem der Beschuß gefaßt wurde, den Frieden zu unterzeichnen, als nationalen Trauertag zu erklären.

Verhaftung des Admirals von Reuter.

Wien, 25. Juni. (P. A. T.) Das W. B. R. meldet aus Berlin: Einer Nachricht der „B. Z. am Mittag“ zufolge, ist Admiral von Reuter nach dem Lager im Park-Hild gebracht worden, wo er sich in Arrest befindet. In einem in der Nähe gelegenen Lager befinden sich 1800 deutsche Offiziere und Soldaten.

Die finnische Republik.

Helsingfors, 24. Juni. (P. A. T.) Der finnlandische Reichstag hat gestern mit 165 gegen 22 Stimmen die neue republikanische Konstitution beschlossen. Der Präsident wird zuerst vom Reichstag und dann von einer Volksabstimmung ernannt werden.

Amtliche Verfügungen.

Saccharin, nicht Zucker.

Der Verpflegungsreferent für den Lódzer Bezirk, J. Switalski, gibt durch Maueranschlag folgende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntnis: Auf Grund der Verordnung des Verpflegungsministeriums vom 30. Mai ist es vom 1. Juli ab verboten in öffentlichen Lokalen, wie Konditoreien, Cafées, Hotels, Restaurants, Bahnhofsräumen Zucker als Süßstoff zu verwenden. Anstelle des Zuckers kann Saccharin benutzt werden. Zumünderhandelnde werden streng bestraft werden.

Friedensfestlichkeiten in Paris.

Paris, 24. Juni. (P. A. T.) Die Nachricht von dem Beschuß Deutschlands, den Frieden zu unterschreiben, wurde mit Kanonenschüssen begrüßt. In Paris herrschte großer Enthusiasmus. Außerdem wurden große patriotische Kundgebungen veranstaltet.

Paris, 24. Juni. (P. A. T.) Die feudigen Kundgebungen anlässlich der Bekanntgabe, daß die Deutschen bereit sind, den Frieden zu unterzeichnen, dauerten die ganze Nacht hindurch. In der Galerie de Glace in Versailles ist bereits alles für die Feier der Unterzeichnung des Friedens am Freitag vorbereitet worden.

Niederlage der Bolschewiken.

Belgrad, 24. Juni. General Archanow, der Führer der antibolschewistischen Südarmee, sandte über die Niederlage der Bolschewiken folgendes Telegramm: Die Niederlage der 10. und 10. bolschewistischen Armeen ist eine vollständige. Die Bolschewiken befinden sich auf dem Rückzug. Am 13. Juni waren unsere Truppen nur zweihundertzig Kilometer von Sarzin entfernt. Wir nahmen 35 000 Mann gefangen und erbeuteten 350 Geschütze, 11 Panzerzüge und 50 000 Gewehre.

Warschauer Börse.

	25. Juni.	24. Juni

<tbl_r cells

